

# Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten  
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern  
Beilage zur „Bewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition:  
Berlin W. 57, Winterfeldt-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 2746.  
•• Redakteur: Emil Dittmer. ••

Berlin,  
den 7. Juli 1916.

Erscheint alle Monat, am 1. Freitag.  
Bezugspreis inklusive „Die Gewerkschaft“ viertel-  
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Inhalt: Fortschritte der Röntgentechnik. — Allerlei Interessantes aus dem Krankenhaus zu Charlottenburg-Westend. — Von der Anstalt Wuhlgraben bei Berlin. — Aus der Praxis. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingänge.

## Fortschritte der Röntgentechnik.

Der Krieg hat ganz naturgemäß der Röntgentechnik reiche Anregung gebracht, ebenso wie er umgekehrt auch die Wichtigkeit der Röntgenstrahlen für die gesamte Kriegschirurgie gezeigt hat. Durch die zahlreichen Röntgenuntersuchungen hat die Röntgentechnik in heilwissenschaftlicher Hinsicht bedeutende Fortschritte gemacht und wiederum befruchtend und anregend auf die Naturkunde und Elektrotechnik zurückgewirkt.

Ein Zeichen dafür, in welchem Maße das geschehen ist, kann man darin erblicken, daß während des Krieges nicht weniger als drei neue Bauarten von Röntgenröhren erdacht worden sind, die zum Teil ganz bedeutende Fortschritte darstellen. Am eigenartigsten ist wohl die Zehnder'sche Röhre, die im Gegensatz zu allen bisherigen Röhren aus Metall besteht. Sie besitzt nur ein kleines Glas oder Aluminiumfenster, durch das die erzeugten Röntgenstrahlen austreten können. Es wird dadurch — neben anderen bedeutenden Vorteilen, wie z. B. einer bis dahin ungekannten Stromausnutzung und Durchdringungskraft der Strahlung, ihrer sogenannten Härte — ein ganz scharf begrenzter Röntgenstrahl erzielt, ähnlich den durch eine engbegrenzte Leinwand dringenden Sonnenstrahlen, so daß eine genaue Bestrahlung des zu behandelnden Körperteils vorgenommen werden kann, ohne daß besondere Vorsichtsmaßnahmen gegen umherirrende Strahlen getroffen zu werden brauchen.

Wenn man bedenkt, wie mancher Vorkämpfer der Röntgentechnik schon der verderblichen Wirkung der Strahlen zum Opfer gefallen ist, wenn er sich ihnen ohne Schutz aussetzte, kann man die Wichtigkeit einer solchen Einrichtung ermessen. Die Durchdringungskraft der Strahlen aus dieser Röhre ist aber so groß, daß sie zum Teil das Radium ersetzen können, das seines hohen Preises wegen nur wenige gutgestellte Krankenhäuser anschaffen konnten, während eine Röntgeneinrichtung leicht zu beschaffen ist.

Die zweite Bauart, die von dem Amerikaner Coolidge erfundene und von mehreren deutschen Elektrizitätsgesellschaften ausgeführte Coolidge-Röhre ist dadurch besonders bemerkenswert, daß sie zur Erzeugung der Strahlen einen grundsätzlich neuen Weg geht, und der besteht darin, daß Elektrizität zur Erzeugung der Strahlen überhaupt nicht mehr verwendet wird. Die gewöhnliche Röntgenröhre ist ähnlich beschaffen wie eine Geißler'sche Röhre. Es wird ein elektrischer Strom von sehr hoher Spannung durch die fast luft-

leere Röhre geleitet. Die vom negativen Pol, der sogenannten Kathode, ausgehenden Kathodenstrahlen erzeugen beim Auftreffen auf die der Kathode gegenüberstehende Antikathode oder die Glaswand die eigentlichen Röntgenstrahlen. Dasselbe kann aber erreicht werden, wenn die Kathode einfach aus einem Metall sehr hohen Atomgewichtes besteht und auf sehr hohe Hitze gebracht wird. Man nimmt dazu am besten Wolfram, jenes aus den modernen Metalldrahtlampen bekannte Metall, weil es unter den bekannten Elementen eines der höchsten Atomgewichte hat und dazu außerordentlich schwer schmelzbar ist. Es schmilzt nämlich erst bei einer Wärme von mehr als 3000 Grad Celsius, also bei einem Wärmegrade, den wir nur im elektrischen Lichtbogen herstellen können.

Neuerdings wird nun wiederum eine neue Röntgenröhre bekannt, die bis zu einem gewissen Grade den Grundgedanken der Coolidge-Röhre mit verwendet, ihn aber mit der älteren Art der Röntgenröhren vermischt. Diese Bauart rührt von einem Leipziger Privatdozenten, Dr. Liliensfeld, her, der aber nicht nur eine Verbindung schon bekannter Grundbestandteile vorgenommen hat, sondern durch eine sehr wertvolle eigene Erfindung einen Hauptfehler aller bisherigen Röntgenröhren beseitigt hat. Der Fehler war der, daß die Luft in der Röhre nicht gleichmäßig bleibt, sondern sich im Laufe der Zeit ändert, und zwar werden die Röhren immer härter, das heißt, ihre Durchdringungskraft steigt.

Man könnte versucht sein, dies für einen Vorteil zu halten, aber dem ist nicht so. Der Arzt muß vielmehr ganz genau wissen, welche Härte seine Strahlen haben, sonst kann er beim Photographieren falsch belichten und beim Bestrahlen zu kurz oder zu lange bestrahlen. Die Photographie wird dann schlecht und bei der Bestrahlung wird der Kranke entweder nicht genügend bestrahlt, um ihn zu heilen, oder er wird schwer verbrannt. Deshalb mußten die Ärzte immer einen Vorrat von Röhren halten, um für jeden Einzelfall die passende nehmen zu können.

Nun hat Dr. Liliensfeld gefunden, daß der Entladungsvorgang in der Röhre, also die Erzeugung der Röntgenstrahlen, bis zu einem gewissen Grade von der Güte der luftleeren unabhängig ist, wenn man in der luftleeren Röhre eine glühende Kathode verwendet, wie dies ja bei der Coolidge-Röhre der Fall ist. Er verschmolz daher bei seiner Bauart mit der bisher üblichen Röntgenröhre eine besondere Zündröhre, die die Glühkathode, eine einfache Metallfadenslampe, enthält und die die Zündspannung hervorbringen, das heißt die Röntgenröhre gewissermaßen zünden muß, ganz so, wie die kleine Flamme an einem Gasbrenner bei Aufheben des Nahnies die Hauptflamme zündet. Ein eigenartig gebauter Hochspannungswiderstand verbindet die Kathode mit der Antikathode, durch Ziehen an einer Schnur wird er verstellbar und damit ändert sich dann die Härte der Strahlung. Es kann also die härteste und die weichste Strahlung unmittelbar

hintereinander angewendet werden, ohne jede Schwierigkeiten, durch einfaches Ziehen an einer Schnur. Man denke sich eine elektrische Lampe, die ganz nach Wunsch eine große oder kleine Lichtstärke abgibt. Wer möchte sich die nicht kaufen? So ist es mit der neuen Röhre. Es entfällt für den Arzt vollständig die Notwendigkeit, sich einen Vorrat von Röhren zu halten und damit eine Menge Ausgaben. Daß dann auch mancher Unbemittelte die Kosten für eine Bestrahlung aufbringen kann, der es bisher nicht vermochte, ist eine sehr erfreuliche Folge dieser Erfindung.

(„Dresdener Volkszeitung.“)

### Allerlei Interessantes aus dem Krankenhaus zu Charlottenburg-Westend.

Wird da eines Tages einer Krankenwärterin ein Geldbetrag abhanden kommen. Der Verdacht lenkte sich auf einen jungen Kollegen, und schließlich schreitet die Verwaltung zu einer Haus-suchung bei dem Betreffenden. Dabei fällt der Verwaltung auch das Mitgliedsbuch des Verbandes der Gemeinde- und Saara-arbeiter in die Hände. Auf die erhaltene Frage: „Was, Sie sind auch im Verband?“ lautet die etwas verdächtige Antwort: „Ja ja, die anderen sind ja alle drin.“ — „Welche anderen?“ — „Na, die aus der Nachküche, aus dem Waschküchen auch!“ — „Wie, die Mäd-chen aus der Nachküche, aus dem Waschküchen auch?“ — „Ja, auch von den Stationen und dem Maschinenhaus.“ Das Staunen der Verwaltung wuchs bei jeder neuen Antwort. Glücklicherweise war der Verdacht unbegründet.

Als bald nahm das Frage- und Antwortspiel wegen der Verbandszugehörigkeit zwischen dem Personal und den unteren Vor-gesetzten seinen Lauf. Offenbar traute die Verwaltung den An-gaben des Kollegen nicht ganz und wollte gewiß durch Befragen sich noch genauere Angaben verschaffen.

Besonders interessant wurde es nun in der Nachküche, wo die Oberköchin, Hrl. N. K. K., auf ihre Frage, wer alles von den Mädchen im Verbands ist, erfahren mußte, daß von dem 27 Köpfe zählenden Mächtenpersonal 19 Verbandsmitglieder waren. Die Nichtmitglieder waren zum Teil erst seit kürzerer Zeit in den Dienst der Anstalt getreten, hatten also noch keine Gelegenheit gehabt, an den Verbandsversammlungen teilzunehmen. Den Ver-such, die Zwecklosigkeit des Verbandes nachzuweisen, mußte die Oberköchin unseren Mitgliedern gegenüber aufgeben. Denn letzten Endes reicht ihre Kraft und Ueberredungskunst aus, Tatsachen aus der Welt zu schaffen. Und eine Tatsache ist die große wirtschaftliche wie kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften. Die höchsten Regierungsstellen mußten dies öffentlich anerkennen. Allen, die es angeht, namentlich den unteren Vorgesetzten, die da glauben, durch Bekämpfung der ge-werkschaftlichen Organisation ein rotes Köckchen verdienen zu können, sei es gesagt, daß sie sich damit bloß lächerlich machen. Sie zeigen damit nur ihren Bildungsgrad. Zur näheren Kenntnis der Umwiegenden führen wir zum Beweise des großen Wertes unseres Verbandes für seine Mitglieder einige Zahlen an: Es zahlte allein die Filiale Groß-Berlin an die Mitglieder im Kriegsjahr 1915 an Sterbegeld 16 875,50 Mk., an Krankenunter-stützung 15 610,20 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 3000 Mk. und an Kriegsunterstützung an Kriegerfrauen 22 000 Mk. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Auch gewährt der Verband seinen Mit-gliedern Rechtschutz. So sind durch Hunderte von Eingaben an die Behörden vielen Kriegerfrauen die ihnen zuteilenden Unter-stützungsgelder erhöht worden. In einzelnen Fällen sind Nach-zahlungen in Höhe von 200, 300, ja sogar in einem Falle über 400 Mk. erfolgt. Tausende von Mark sind auf diese Weise den zweifellos bedürftigen Kriegerfrauen gerettet worden.

Nur gedankenlos Schwärmer oder böswillige Verleumder können sagen, daß die Verbandsbeiträge zum Renner hinausge-worfen sind. Ach nein, die Opfer für die Organisation werden den Mitgliedern mit Zins und Zinseszins zurückerstattet.

Nun ist der Zweck einer gewerkschaftlichen Organisation in erster Linie die Hebung der wirtschaftlichen Lage. Daß die wirt-schaftliche Lage der Krankenhausaangestellten keine glänzende ist, ist an dieser Stelle schon häufig nachgewiesen worden. Greifen wir nur mal die Arbeitszeit heraus. Von morgens 6 Uhr bis abends 3/9 Uhr dauert z. B. für die Mädchen in der Nachküche die

Arbeitszeit. Es wird doch niemand behaupten wollen, daß diese Arbeit eine leichte ist. Aber selbst bei leichter Arbeit ist eine 14 1/2 stündige Arbeitszeit, mit einer Unterbrechung von einer Stunde, dazu angetan, den Menschen zum reinen Arbeitstier zu machen. Bei einer solchen langen Arbeitszeit muß Körper und Geist ermatten und schließlich abstumpfen, muß man die Freude am Dasein verlieren.

Es ist uns um bloßes Kritizieren durchaus nicht zu tun. Aber auszusprechen, was ist, sind wir verpflichtet. Legen wir nun die 14 1/2 stündige Arbeitszeit zugrunde und berechnen diese nach dem ersähtlichen Stundenlohn, dann ist die Bezahlung für eine solche lange Arbeitszeit spottbillig. Wir wollen es heute unterlassen, dies durch nähere Angaben nachzuweisen, behalten es uns vor, gelegentlich darauf zurückzukommen, weil wir zugunsten der Ver-waltung annehmen, daß sie unseren an den Magistrat von Char-ottenburg gerichteten Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage unterstützen wird. In der Arbeitsfreudigkeit des Personals muß auch der Verwaltung gelegen sein.

Zum Schluß konstatieren wir nur noch die erfreuliche Tat-sache, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer guten Organi-sation beim Personal, insbesondere durch mancherlei annehmende Uebergariffe durch die unteren Vorgesetzten, eine so allgemeine ge-worden ist, daß das verübte Sturmlaufen dagegen nutzlos ver-puffen muß.

### Von der Anstalt Wuhlgarten bei Berlin.

In einer am 6. Juni bei Walle abgehaltenen Versammlung wurden die Arbeitsverhältnisse des Personals der Irrenanstalten in den Kriegsmonaten August 1914 bis Ende März 1915 einer kritischen Würdigung unterzogen. Dies war ermöglicht und be-gründet durch den von der Deputation herausgegebenen Verwal-tungsbericht für das Kriegsjahr 1914/15 (1. April 1914 bis 31. März 1915). Die sonst leider schon übliche Situation des Pflege-per-sonals wurde durch den Krieg besonders ungünstig beeinflusst.

	Pfleger	Pflegerinnen
Am 1. April 1914 waren beschäftigt . . . . .	581	467
Zugang . . . . .	509	250
	<b>Zuammen</b>	<b>717</b>
Abgang . . . . .	720	218
	<b>Bestand am 31. März 1915</b>	<b>370</b>
	mithin —	211 + 32

In den einzelnen Anstalten zeigten sich erhebliche Minderbiede. Es waren am 31. März 1915 weniger bzw. mehr beschäftigt:

	Pfleger	Pflegerinnen	Insgesamt
Dalldorf . . . . .	— 70	+ 3	— 67
Berzberge . . . . .	— 36	+ 1	— 35
Buch . . . . .	— 54	+ 22	— 32
Wuhlgarten . . . . .	— 49	+ 5	— 44
Stottemanastalt . . . . .	— 2	+ 1	— 1
<b>Summa</b>	<b>— 211</b>	<b>+ 32</b>	<b>— 179</b>

Die Arbeit für das fehlende Personal mußte von dem ver-bleibenden mit erledigt werden. Wenn man berücksichtigt, daß mehr Arbeit zu leisten war — weniger Freizeit — in Quantität und Qualität geringere Kost gewährt wurde, ist der Wechsel des Personals durchaus nicht verwunderlich. Die Politik der Depu-tation bei der Gewährung der Teuerungszulagen hat nicht zuletzt einen erheblichen Teil Schuld mit daran.

Freilich mag die Deputation sich darauf berufen können, daß der Anruf des Magistrats vom 4. Januar 1915 den städtischen Anstalten äußerste Sparamkeit empfahl. Der Magistrat er-klärte: „Gerade die öffentlichen Anstalten sind berufen, durch Spar-amies Wirtschaften beispielgebend zu wirken . . . Wir erwarten, daß . . . außerdem von den Anstaltsleitern aber aus eigener Ver-antwortung weitere wirtschaftlich zweckmäßige Maßnahmen getroffen werden, die dazu beitragen, die hier darzulegenden Ziele zu er-reichen . . .“ Das war sozusagen ein Freibrief für eine, man möchte beinahe sagen, ins Ungemeinere getriebene Sparamkeits-politik.

Sie machte sich aber fast nur auf Kosten des unteren Personals und der Kranken breit. Dafür liefern die weiteren Zahlen des Verwaltungsberichtes vollgültigen Beweis. Man hätte nämlich annehmen können, daß die für das Kriegsjahr eingezeichneten Summen für Lohn, Verötigung usw., bedingt durch die Teuerungsverhält-nisse, überschritten werden. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Beispielsweise sind für die Anstalt Wuhlgarten erspart worden:

an Löhnen	
für das Dienstpersonal . . . . .	3 533,36 Mk.
für das Pflegepersonal . . . . .	18 675,23 "
für das landwirtschaftliche Personal . . . . .	6 070,28 "
<b>Befähigung</b> . . . . .	<b>66 266,20 "</b>
Bekleidung . . . . .	2 709,20 "
Für Krankenbehandlung (täglich Kosten) . . . . .	11 612,— "

Die Ersparnis ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß weniger Personal zu entlohnen war und das vorhandene Personal zum großen Teil mit den niedrigen Anfangslöhnen abgepeist wurde.

Verständigt muß aber noch werden, daß diese Ersparnis erzielt wurde, trotzdem die in den acht Kriegsmonaten in Höhe von 20.370,15 Mk. zu verzeichnenden Kriegsausgaben schon in den Ausgaben mit verbucht worden sind. Es wurden also nicht bloß die Kriegsausgaben, sondern noch ein erheblicher Ueberschuß aus der Arbeitskraft und auf Kosten des Personals herausgewirksam. Wir hoffen, daß in Rücksicht auf diese Tatsachen der Berliner Magistrat von den erzielten Ersparnissen dem Personal in Gestalt von weiteren Feuererzulagen etwas zugute kommen läßt.

Vom Magistrat ist freilich die Gewährung der Feuererzulagen an das Anstaltspersonal in derselben Höhe, wie sie den anderen häuslichen Arbeitern gewährt werden, bisher abgelehnt worden. Als Grund ist angegeben, daß das Anstaltspersonal von der Feuerung für die Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht so wie die anderen häuslichen Arbeiter betroffen werde. Dieser Grundsatz wird aber für die Ärzte und die Schwestern vom Magistrat selbst nicht als nichtbaltig angesehen. Denn die Ärzte, die auch zum Teil Anstaltskost genießen, erhalten pro Monat 180 Mk., die Schwestern 30 Mk. Kriegszulage. Dabei kann man beim besten Willen nicht behaupten, daß die Ärzte sich als Teilnehmer am ersten Tisch in Wuhlgarten Entbehrungen auferlegen müßten. Noch am 7. März 1915 wurde denselben für 3,96 Mk. pro Kopf berechnet, folgende Tagesration gewährt:

250 Gramm Brot; zu Stärke und Tee 1/2 Liter Milch; sonst zu trinken 3 Maßchen Bier, 1/2 Maßchen Wein; um das Leben zu vertuschen, wurden 95 Gramm Zucker gewährt; um das Brot zu streichen einsehl. Brot zum Mittag gab es für den Tag nicht für die Woche! 220 Gramm. Die Unterbrote konnten dann noch autständig belegt werden mit 45 Gramm Schinken, 45 Gramm Schweizerkäse und 115 Gramm Schlachtwurst. Zum Mittagstisch gab es Reisstuppe, 300 Gramm Fisch, 500 Gramm Fatten, aber nur 250 Gramm Kartoffeln. Als Zusatz gab es 250 Gramm Pilze, 1/2 Ei und 150 Gramm Eßig. Wir dürfen wohl mit den Herren Ärzten der Anschauung sein, daß bei obigem Speisegehalt von Unterernährung usw. nicht geredet werden kann. Wenn diese Kost nur zur Hälfte für den dritten Tisch gewährt werden möchte, könnten die vorstehend erwähnten Grundätze des Magistrats vielleicht eher als sonst zum Teil als berechtigt anerkannt werden. Wenn das aber nicht geschieht, ist die Gleichstellung des Anstaltspersonals in der Frage der Feuererzulagen eine ganz berechnete Forderung.

**Aus der Praxis.**

Besitzen die inneren Organe Empfindungsnerven? Ein Streit, der die medizinischen Gelehrten während der ersten Jahre dieses Jahrhunderts lebhaft beschäftigt hat, ist der nach der Empfindlichkeit der inneren Organe. Können diese Organe Schmerzen fühlen, oder sind sie nicht mit Empfindungsnerven ausgestattet? Eine ganze Reihe von Beobachtungen lieferten zu diesem Problem widersprechende Antworten. Schon die Erfahrungen des täglichen Lebens tun dies. Wir wissen, daß die inneren Organe: das Herz, die Lungen, der Magen, der Darm, ziemlich lebhaft Bewegungen ausführen. Trotzdem merken wir gewöhnlich von diesen Bewegungen nichts. Andererseits kennt wohl jeder die Schmerz- oder Druckgefühle bei überladenen Magen, die reisenden Schmerzen bei Darmkoliken; auch der Leber- oder Nierenleidende weiß ein Vieles von schlimmen Schmerzen innerer Organe zu singen. Bei Operationen nun, die unter örtlicher Narkose durchgeführt wurden, bei denen also die Patienten bei vollem Bewußtsein waren und auf an sie gestellte Fragen Bescheid geben konnten, fiel es auf, wie wenig man von der narkotisierenden Lösung einzuspritzen brauchte, wenn man sich den inneren Organen näherte. So empfindlich die Bauchdecken und das Bauchfell gegen Eingriffe sind, so unempfindlich scheinen die Eingeweide und andere innere Organe zu sein. Der schwedische Chirurg Leunander hat darauf die Lehre aufgebaut, daß die inneren

Organe keine Empfindungsnerven besitzen, daß sie nur mit motorischen, die Bewegung regelnden Nerven versehen sind. Für die orientierende Tatsache, daß wir doch bei Erkrankungen innerer Organe häufig die heftigsten Schmerzen leiden müssen, gab Leunander die Erklärung, daß diese Schmerzen durch einen Druck der erkrankten Organe auf das sehr empfindliche Bauchfell erzeugt würden, eine Erklärung die jedenfalls recht erzwungen erschien. Wie Dr. Alfred Neumann in der „Umschau“ mitteilt, sind nun die Experimente zur Erforschung der vorliegenden Frage fortgesetzt worden. Man hat den Tierversuch zu Hilfe genommen und hier gefunden, daß Tiere, die für die Dauer des Hautschnittes kurz narkotisiert wurden, später bei der Berührung der Eingeweide — Brennen, Schneiden, Quetschen — Schmerzen empfinden, die aber sofort aufhörten, wenn die Eingeweidenerven durchschnitten wurden. Auch manche Operierte empfinden besonders die in der Nähe der Mutterscheide vorgenommenen Eingriffe schmerzhaft. So hat man sich denn schließlich zu der Annahme gezwungen gesehen, daß die inneren Organe in gesundem Zustande so gut wie keine Empfindlichkeit besitzen. Daher fühlen wir auch ihre tiefe Arbeit im Körper kaum. (Der Sympochoder, der stets in sein Inneres hineinhorcht, bringt es freilich auch zu einer gewissen Fähigkeit in der Beobachtung dieser inneren Funktionen.) Auch bei Operationen, bei denen gesunde Organe getroffen werden, ist die Empfindlichkeit meist nicht groß, wozu noch kommt, daß diese Empfindlichkeit vermutlich auch schon durch die Abkühlung dieser Teile durch die hinzutretende Luft herabgesetzt wird. Ist dagegen das Organ erkrankt, so wächst seine Empfindlichkeit, wie z. B. die äußere Haut bei entzündlichen Prozessen (Furunkeln usw.) auch weit empfindlicher ist, als im gesunden Zustande. Es bilden sich keine neuen Nerven, aber die Schmerzempfindlichkeit der alten steigert sich.

**Aus unserer Bewegung.**

Berlin. Erweiterung der Feuererzulage in den Kranken- und Pflegeanstalten. Bei der Erhöhung der Feuererzulage am 1. Dezember 1915 war das Personal der Kranken- und Pflegeanstalten bekanntlich leer ausgegangen. Die Arbeiterausschüsse der Anstalten wandten sich in einem gemeinsamen Schreiben im Januar d. J. an den Magistrat der Stadt Berlin mit dem Ersuchen, dem Haus- und Pflegepersonal der Anstalten ebenfalls die zweite Feuererzulage gewährt zu wollen, wobei besonders auf die mißliche Lage des verheirateten Personals hingewiesen wurde. Nunmehr werden dem verheirateten Personal der Anstalten mit rückwirkender Kraft vom 1. Dezember 1915 folgende Familienzulagen gewährt:

Verheiratete mit 1 Kind . . . . .	erhalten 3 Mk. monatlich
"  "  2 Kindern . . . . .	"  5 "  "
"  "  3 u. mehr Kindern . . . . .	"  10 "  "

So erfreulich auch der Erfolg der gemeinsamen Tätigkeit der Arbeiterausschüsse ist, so hoffen wir doch, daß bei der bevorstehenden Neuregelung der Feuererzulagen das Personal der Kranken- und Pflegeanstalten endlich allgemein eine Erhöhung der Zulagen erhalten wird.

Berlin. Durch die fortgesetzten Einziehungen zum Wehrdienst war der Arbeiterausschuß des Krankenhauses am Friedrichshain nicht mehr arbeitsfähig. Es wurde daher für den 26. Mai von der Direktion eine Neuwahl des Ausschusses festgesetzt. Trotz der Schwierigkeiten, die sich gerade jetzt aus den Bestimmungen über die Errichtung und Tätigkeit der häuslichen Arbeiterausschüsse ergeben, nach welchen die zu Wählenden mindestens 25 Jahre alt und mindestens zwei Jahre ununterbrochen im Betriebe beschäftigt sein müssen, gelang es uns, aus dem Kreise unserer Mitglieder 10 Kollegen resp. Kolleginnen als Kandidaten für die Wahl aufzustellen. An der Wahl selbst beteiligten sich 110 bis 115 Personen. Da Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren, wurden unsere Mitglieder einstimmig gewählt.

Berlin. In einer gemeinsamen Versammlung des Rudolf Virchow-Krankenhauses und des Kaiser und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses sprach am 2. Juni Kollegin Frau Bohm-Schuch über „Die Frauen in der Arbeiterversicherung“. Im Anschluß an den mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag wurde besonders über die Versorgung der erkrankten häuslichen Angestellten, die in den Anstalten Mojt und Logis erhalten, gesprochen und folgende Verfügung des Magistrats zur Verlesung gebracht:

„Berlin, den 15. Februar 1915.  
Unter Aufhebung etwa entgegenstehender älterer Verfügungen ordnen wir hierdurch an, daß häuslichen Bediensteten, welche in häuslichen Anstalten beschäftigt werden, während ihrer Erkrankung, solange sie in einem Krankenhaus behandelt werden, und die Mohn der Kur und Verpflegung der Anstaltswartung nicht zur Last fallen, neben den varen Bezügen die festgesetzte Befähigungsentwidigung gewährt wird, auch wenn sie in demselben Krankenhaus behandelt werden, in

welchem sie dienlich beschäftigt sind. Von den sich aus Lohn- und Beschäftigungsentschädigung zusammenziehenden Gesamtbarbezügen ist das Krankengeld vom ersten Tage der Krankenhausbehandlung in der Höhe zu kürzen, welche den Erkrankten bei der Behandlung in der Wohnung zuteilt. Magistrat."

Die Kollegen und Kolleginnen wurden aufgefordert, in jedem einzelnen Falle, wenn die Gewährung der Bargeldbezüge während der Krankheit nicht den Bestimmungen des Magistrats entspricht, sich an das Ortsbureau des Verbandes zu wenden, damit hier eine einwandfreie Nachprüfung vorgenommen werden kann. Von den Kolleginnen des Virchow-Krankenhauses wurde darüber Bescheid gegeben, daß ihnen im Krankheitsfalle die Feuerungszulage abgezogen wird. Kollege Garbschmidt wies darauf hin, daß im Kinderkrankenhaus in der letzten Versammlung dieselben Zuschüsse erhoben wurden, aber durch das Vorgehen des Arbeitersausschusses bereits zur Zufriedenheit der Kollegenschaft beigelegt worden sind. Die Kolleginnen sprachen die Erwartung aus, daß die Direktion des Virchow-Krankenhauses ebenfalls in Zukunft von den Abzügen Abstand nehmen und die einbehaltenen Feuerungszulage nachzahlen wird.

**Berlin-Schöneberg.** Verschiedentlich mußten wir seitens, wie das Personal des Augusta Victoria-Krankenhauses stichtmütterlich behandelt wird. Bei der letzten Neuregelung der Feuerungszulagen ist es wiederum geschehen; der Magistrat von Schöneberg und die bürgerlichen Stadtverordneten hatten unsere Anträge auf Gewährung von Feuerungszulagen an das Haus- und Pflegepersonal abgelehnt. Eine gutbesuchte Versammlung am 5. Juni beschäftigte sich mit dieser Frage. Der Magistrat hat die Notwendigkeit der Gewährung von Feuerungszulagen an in Naturalverpflegung lebende Personen dadurch bekundet, indem er den Kranken, soweit sie Feuerungszulagen von monatlich 10 Mk. bewilligte. Mit Rücksicht darauf und bei Berücksichtigung der Tatsache, daß die allgemein gewordenen Teuerung auch den in Naturalverpflegung lebenden Personen äußerst fühlbar wird, beschloß die Versammlung einmütig, erneut die Forderung um Gewährung von Feuerungszulagen zu stellen. Ein diesbezüglicher Antrag, mit dem Namensunterchriften der Kollegen und Kolleginnen versehen, wurde durch den Vertrauensmann des Betriebes der Verwaltung überreicht. Zu der Forderung einer Feuerungszulage von monatlich 6 Mk. ging die Meinung der Verwaltung dahin, daß das Personal einer Feuerungszulage nicht bedürftig sei. Diese Meinung dürfte durchaus nicht geeignet sein, die Arbeitsfreudigkeit des Personals zu fördern, zumal die Forderung schon das äußerste Maß von Bescheidenheit darstellt. Gleichzeitig waren dem Vertrauensmann noch einige andere Beschwerden an die Verwaltung mit auf den Weg gegeben. Erhöhung der täglichen Brotration an das weibliche Personal war die eine, die andere betraf die Vorgelegenheit für das weibliche Personal. Beiden Beschwerden zeigte die Verwaltung entgegenkommen. Die tägliche Brotration wurde daraufhin von 230 Gramm auf 275 Gramm festgesetzt. Gleichfalls wurde die Regelung der Vorgelegenheit zugepflegt. Inzwischen hatte die Stadtverwaltung Gelegenheit, sich mit dem Feuerungsantrage zu beschäftigen.

		<b>Rundschau.</b>		
--	--	-------------------	--	--

**Kriegspsychologie oder Pathologie?** In der Münchener Medizinischen Wochenschrift, aus der einem in jeder Nummer der Schrecken des Krieges in Form von Abhandlungen und Abbildungen Verkrüppelter, Entstellter, Gelähmter entgegenstarrt, finden wir sehr sonderbare Ausführungen eines Medizinalrats Dr. W. Fuchs aus Emmendingen. Der Herr Medizinalrat, der doch jedenfalls Gelegenheit hat, gehäuftem Kriegsgerausch, wenn auch im sicheren Hinterlande, tagtäglich mit eigenen Augen zu beobachten, gibt unter dem Titel „Kriegspsychologische“ seine Meinungen über die Stimmung wieder, die sich der Mehrheit des deutschen Volkes bemächtigt habe, nachdem der erste Hauch der Regeniterung verflohen sei, und die er als die „Märheit mit zusammengehörigen Fahren“ bezeichnen möchte. Ihr siehe auf der anderen Seite die kriegsunde Stimmung der Frau- und Weibmadar gegenüber, die, nachdem sie die Unbequemlichkeiten des Krieges an eigenen Weibe kennen gelernt haben, sich der großen Zeit nicht mehr gewachsen zeigen. Dann heißt es wörtlich: „Krieg lernt man nicht an einem Tage. Ein wahres Glück, daß der Prozeß der Adaption die Drohungen unserer Gegner beschleunigen, vor allem die letzte mit voller Vernichtung unseres Exports. Nun wird niemand mehr der logischen Folgerung ausweichen können, daß der Friede eine Katastrophe wäre, daß die einzige Möglichkeit der Krieg bleibt. Der Krieg, bisher Reaktion auf Krieg, Ehrenfache, Mittel zum Zweck, von jetzt ab wird er Selbstzweck! Und von jetzt ab werden auch alle jene noch unerlösten deutschen Seelen, möglicherweise sogar

die letzten Pazifisten ihren Sündenfall erkennen; werden erkennen, daß ihre Ideale keine Melanien sind, sondern Melisse. Die ganze Nation wird wie ein Mann den ewigen Krieg fordern. Diese Hebergeschnapptheiten übersteifen wirklich noch die unserer Gegner, die wenigstens Friede machen wollen, wenn sie ihr Ziel der Zerschmetterung Deutschlands erreicht haben, während Herr Dr. Fuchs vom „ewigen Krieg“ schwärmt!

**Eine Syphilisstatistik.** Eines der traurigsten Kriegskapitel bilden die zahlreichen Fälle von syphilitischen Erkrankungen bei den im Felde lebenden Soldaten. Denn hier handelt es sich um ein Uebel, das bei der Milderung der Erkrankten in den Schoß ihrer Familie die furchtbaren Tragödien, Zerstörung jeder weiteren Glücksmöglichkeiten, unter Umständen auch gesundheitliche Zerrüttung ganzer Familien zur Folge haben kann. Besonders natürlich, wenn es sich um verheiratete Soldaten handelt. Leider bilden die Verheirateten, wie sich aus bisherigen Beobachtungen ergibt, einen unverhältnismäßig großen Teil der Erkrankten. Auch eine zu Dr. Anton Blumenthal, Oberarzt im Kranienader Lazarett, für die von ihm behandelten Geschlechtskranken aufgemachte Statistik bestätigt dies. Demnach waren 59 Proz. der Behandelten unverheiratet und 41 Proz. verheiratet. Im Alter von 17 bis 30 Jahren standen 71 Proz., im Alter von 31 bis 40 Jahren 19 Proz. und von 40 bis 50 Jahren 9 Proz. Als Ansteckungsquelle wurde von 33 Proz. die gewerbsmäßige Prostitution angegeben, von 47 Proz. „private“ Gelegenheit. Unter der letzteren Rubrik befanden sich Fälle, wo ein Monamibrot als Bezahlung verlangt und gewährt wurde. Endlich waren die Kranken noch nach ihrem Herkunftsort gefragt worden, wobei sich ergab, daß 13,5 Proz. aus größeren Städten, 30,5 Proz. aus kleineren Städten und 54 Proz. vom Lande stammten. Auffallend ist bei diesen Ziffern, abgesehen von dem großen Anteil der Verheirateten, die verhältnismäßig starke Beteiligung der älteren Jahrgänge und der große Prozentatz der aus ländlichen Gegenden stammenden Kranken. Zu ist zu befürchten, daß das von Geschlechtskrankheiten verhältnismäßig noch freie Land infolge des Krieges infiziert wird. Aus all dem ergibt sich die außerordentliche Wichtigkeit einer gründlichen Behandlung und Ausschaltung der im Felde geschlechtskranken Soldaten.

**Eine deutsche Gesellschaft für soziale Hygiene.** Auf Anregung des Sanitätsrats Dr. Danauer (Frankfurt a. M.) hat sich ein Ausschuß zur Gründung einer deutschen Gesellschaft für soziale Hygiene gebildet, dessen erste Sitzung im Hygienischen Institut zu Leipzig unter Vorsitz von Max-Rat Krause stattgefunden hat. Die Versammlung war sich einig, daß eine große Organisation, eine umfassende sozial-hygienische Zentrale geschaffen werden müsse. Es sollen hier besonders gepflegt werden: die Medizinisch-hygiene und Bevölkerungspolitik, Wohnungs- und Erziehungshygiene, die Jugendfürsorge, Frauen- und Mutterdienst, Krankenfürsorge, Berufshygiene und soziales Versicherungswesen, Bekämpfung der Volksfeinden und des Alkoholismus, die Zentralverwaltung und Vorkriegsberatung, die populäre Aufklärung über Hygiene. Die Festsetzung der endgültigen Form der neuen Organisation bleibt einer späteren Sitzung vorbehalten.

**Musik im Dienst der Welt.** Es ist zweifellos, daß die Musik einen Einfluß auf das Seelenleben des Menschen ausübt, und schon vor einigen Jahren hat Löwenfeld eine wissenschaftliche Abhandlung hierüber geschrieben. Warum sollte man also nicht die Musik in den Dienst des Operationsfeldes stellen, wie dies neuerdings Dr. Virdi vom Marie-Hospital in Remscheidern vorschlägt, um so den Patienten, wenn schon nichts anderes, so auch nur die Minuten vor dem Eintritt der Narkose zu erleichtern? Wie Dr. Löwenfeld in der „Allgemein“ ausführt, ist durchaus nicht zu befürchten, daß die Ärzte dadurch abgelenkt würden. So sie's aber alle gern haben?

		<b>Eingänge.</b>		
--	--	------------------	--	--

**Medizinisches Taschenwörterbuch.** Von Dr. E. Schreiber. Preis 2,50 Mk. 6. Auflage. Ludolf Reut, Verlagsbuchhandlung, Straßburg i. E.

Das Büchlein dürfte gerade jetzt wieder vielen Kollegen willkommen sein, die im Felde und in der Heimat guten Gebrauch davon machen können.

**Leitfaden der Nutenlehre.** Von Prof. Dr. Moritz Benedikt. Preis 2,50 Mk. Verlag Urban & Schwarzenberg, Berlin und Wien.

**Die Improvisationen von Lampyresinfektionsapparaten.** Von Dr. Wolf Wybauhen. Dresden V. Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt.

Das Schriftchen enthält eine treffliche Zusammenstellung verschiedener Desinfektionsmethoden, besonders im Felde.